

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Es gibt keine Berührungspunkte mehr zwischen Katholizismus und Sozialdemokratie, stellt am Ende des Dresdener Kirchentages **Dr. Hans-Jochen Vogel MdB** fest.

Seite 1

Warum das Volksfront-Gerede auf die CDU zurückschlägt erläutert **Günter Verheugen MdB**.

Seite 2

Konsequenzen aus den alarmierenden Ozonkonzentrationen am Wochenende fordert der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion **Michael Müller MdB**.

Seite 3

Ganz normale Beziehungen zu Peking? Die Bundesregierung läßt sich in der Menschenrechtsfrage von China über den Tisch ziehen, fürchtet **Klaus Kübler MdB**.

Seite 4

Über eine parlamentarische Lümmelei kurz vor Ende der Legislaturperiode berichtet **Prof. Dr. Nils Diederich MdB**.

Seite 5

49. Jahrgang / 125

4. Juli 1994

Katholische Vielfalt

Zum 92. Deutschen Katholikentag

Von **Hans-Jochen Vogel MdB**

Der 92. Katholikentag unterschied sich in mannigfacher Hinsicht von seinen Vorgängern. Er war der erste, der nach der deutschen Einigung in einem neuen Bundesland stattfand. Er versammelte sich erstmals in einer Stadt, in der nicht nur die Katholiken mit vier Prozent, sondern die getauften Christen insgesamt mit nicht ganz 20 Prozent in der Diaspora leben. Und er war gerade deshalb in besonderer Weise von ökumenischem Geist und der Offenheit gegenüber allen Menschen guten Willens geprägt.

Dementsprechend vielfältig waren die Gesprächs- und Informationsangebote in hunderten von Foren und Werkstattveranstaltungen und erstmals auch auf einer "Kirchemesse", die deutlich an den Markt der Möglichkeiten der Evangelischen Kirchentage erinnerte. Dabei traten auch Ideen und Impulse in Erscheinung, wie die der Initiative "Kirche von unten" oder des Kirchenasyls, die so auf früheren Katholikentagen nur am Rand geduldet wurden. Insgesamt überwogen an allen Tagen, vor allem aber bei der Schlußveranstaltung und beim Schlußgottesdienst, das Heitere, vielfarbig Bunte und Lebensbejahende.

Inhaltlich standen das Gebot der mitmenschlichen Zuwendung und der Solidarität sowie die Rolle der Frau in der Katholischen Kirche im Zentrum der Aufmerksamkeit. Die handfesten und realistischen Anstöße für ein stärkeres Miteinander, das sowohl gegenüber den Schwächeren im eigenen Lande als auch gegenüber den Völkern Osteuropas oder der Dritten Welt zum Teilen und zu diesem Zweck auch zur Veränderung der eigenen Lebensweise bereit ist, unterschieden sich dabei wohltuend von manchen Bonner Platitüden, die mehr oder weniger ungeniert im Grunde doch nur auf den individuellen Egoismus und den eigenen Machterhalt abzielen. Was hierzu in Dresden mit eindrucksvoller Eindringlichkeit gesagt und gefordert wurde, wird sich nun im Alltag zu bewähren haben.

Zur Frauenfrage wurde klar, daß sich die Diskussion über die Frauenordination auch in der Katholischen Kirche nicht mehr wird abbremsen lassen. Im Gegenteil: Sie ist in Dresden vertieft und erweitert worden. Dazu hat eine Initiative des Bundes Deutscher Katholischer Jugend (BDKJ), mehr noch aber die Intervention des Bischofs von Fulda, Dr. Johannes Dyba, beigetragen. Sein

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 inkl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Veräußert Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Kreuzfahrtschiff



Rundumschlag gegen das Dialogpapier des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken im allgemeinen und gegen die Forderung nach der Frauenordination im besonderen hat die Fronten geklärt und gezeigt, daß er schon wegen seiner für einen Bischof gänzlich unangemessenen Wortwahl ("Parasiten", "Maden im Speck") der von ihm vertretenen Position nicht nutzt, sondern schadet. Selbst der Papst wird an solchen Vertretern seiner Auffassungen schwerlich Freude haben.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten - an ihrer Spitze Rudolf Scharping - waren auf dem Katholikentag in größerer Zahl anwesend denn je zuvor. Einer von ihnen - Richard Schröder - hielt auf der Schlußveranstaltung die Ansprache zum Thema der deutschen Einheit, die am stärksten beachtet wurde und den meisten Beifall fand. Von Berührungängsten führerer Zeit war nichts mehr zu spüren. Jetzt gilt es, im Gespräch zu bleiben und noch deutlicher zu machen, daß praktizierende Katholiken in der Sozialdemokratie ebenso selbstverständlich sind, wie Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die in der Katholischen Kirche aktiv mitarbeiten.

(-/4. Juli 1994/hgs/fr)

Kohl, Schäuble und die Volksfront **Wer hat Honecker den roten Teppich ausgelegt?**

Von Günter Verheugen MdB *
Bundesgeschäftsführer der SPD

Innerhalb der Parteien des Verfassungsbogens gibt es in Sachsen-Anhalt eine Mehrheit für die SPD und Bündnis 90. Die Verfassung des Landes sieht die Möglichkeit ausdrücklich vor, daß ein Ministerpräsident mit einfacher Mehrheit gewählt wird, sein Kabinett bedarf der Zustimmung durch den Landtag nicht. Das heißt: SPD und Bündnis 90 sind stark genug, einen Ministerpräsidenten zu wählen und eine Regierung zu bilden. Die CDU ist es nicht. Die CDU kann nur zusammen mit der PDS eine solche Regierung verhindern. Das wäre dann freilich ein bemerkenswerter Fall: die Parteien der Nationalen Front der DDR wieder vereint im Kampf gegen diejenigen, die mit dem alten System nichts zu tun haben und die friedliche Revolution in der DDR zustandegebracht haben.

Die PDS kann im Landtag von Sachsen-Anhalt nur dann eine politische Rolle spielen, wenn die CDU das so will. Wir brauchen die PDS nicht. Reinhard Höppner benötigt ihre Stimmen nicht, er will ihre Stimmen nicht. Es wird keine Absprachen mit der PDS geben, keine Koalition und auch keine Tolerierung.

Ich rate dazu, die Volksfront-Parole nicht so furchtbar ernst zu nehmen. SPD und Bündnis 90 werden in Sachsen-Anhalt und nicht nur dort in Ostdeutschland von Männern und Frauen geführt, die sich dem alten Regime nicht angedient hatten. Die CDU steckt von den Gemeindeparlamenten über die Landtage bis in den Bundestag tief im Blockparteiensumpf. Es war ja schon fast Gras über die Sache gewachsen, aber jetzt muß es jeder wieder lernen: die CDU hat 1990 in Ostdeutschland gleich zwei Blockparteien mit Haut und Haar gefressen. Die Ost-CDU war über Jahrzehnte ein willfähriger Helfer der SED, die ebenfalls in die CDU aufgenommene Bauernpartei war sogar eine Gründung der SED, sie war die SED fürs Land. Ausgerechnet Herr Schäuble hat in dieser Woche gesagt, die SPD mache sich gemein mit Mauerschützen und Gefängnischergen. Falsch, Herr Schäuble. Das haben CDU und FDP getan mit der Übernahme der SED-Satellitenparteien. Bundeskanzler Kohl hat gestern die Geschmackslosigkeit besessen, der SPD der damaligen sowjetischen Zone eine gewollte

Vereinigung mit den Kommunisten anzuhängen. Der Historiker Kohl sollte wissen, daß sich für diesen Vorgang historisch korrekt der Name Zwangsvereinigung eingebürgert hat. Niemals hat die SPD sich damit abgefunden, und wir sind es denjenigen aus unseren Reihen, die für ihre sozialdemokratische Gesinnung Verfolgung, Haft, Folter und Mord erdulden mußten schuldig, daß ihre Ehre nicht ausgerechnet von dem Mann in den Schmutz gezogen wird, der für Honecker erst den roten Teppich ausgerollt hat und ihn dann beerbt hat.

Im übrigen sei dem Bundeskanzler noch eines gesagt: Daß die Nachfolgepartei der SED in Ostdeutschland zweistellige Wahlergebnisse erzielt, ist ein ernster Vorgang, der nicht zu parteipolitischer Polemik gegen andere demokratische Parteien mißbraucht werden sollte. Vielmehr ist die Frage zu stellen, warum die PDS erfolgreich ist und wer dafür verantwortlich ist. Für mich ist die Antwort eindeutig: die PDS kann als im Kern rein ostdeutsche Regionalpartei den Protest der Menschen am wirkungsvollsten artikulieren und Proteststimmen auf sich ziehen. Die PDS leistet ja nicht die Integrationsarbeit, die wir leisten. Sie führt nicht zusammen, sie spaltet. Allerdings kann sie das nur, weil die Politik des Bundeskanzlers in Ostdeutschland eine breite und tiefe Spur von Enttäuschung und Verbitterung bei den Menschen hinterlassen hat. So völlig ungeeignet die PDS als Partei wegen der personellen und politischen Kontinuität mit ihrer Vorgängerin, der SED, als Partner ist, so sehr verdienen die Wählerinnen und Wähler der PDS unsere höchste Beachtung. Nach den ersten Erfolgen der PDS hatte es geheißen: Alles nicht so schlimm, das ist bloß die alte Nomenklatura, die stirbt schon aus. Dazu paßt allerdings nicht, daß die PDS bei den ganz jungen Wählern in Sachsen-Anhalt die stärkste Partei geworden ist. Der aus dem Amt geschiedene Bundespräsident, Richard von Weizsäcker, hat mit seiner Warnung vor "Ausgrenzung" der PDS-Wählerschaft das Richtige gesagt. Man muß die politischen Anliegen der PDS-Wähler ernst nehmen und ihnen ein besseres inhaltliches Angebot machen als die PDS. Auch aus diesem Grund ist eine Fortsetzung der CDU-geführten Regierung von Sachsen-Anhalt nicht möglich. Wir müssen den Menschen zeigen, daß eine sozialdemokratisch geführte Regierung besser für sie ist. Unser Argument, daß die Wahl der PDS eher zur Verlängerung bestehender Verhältnisse als zum Wandel führt, ist ja richtig. Wir müßten aber auch beweisen können, daß wir es besser machen als die Union. Sagen wir es rundheraus: ohne die PDS könnten wir leicht die mit Abstand stärkste politische Kraft in Ostdeutschland sein. Wir dürfen deshalb nicht zulassen, daß die Wahlergebnisse der PDS uns in die politische Bewegungslosigkeit führen. Reinhardt Höppner hat das erkannt. Er handelt entsprechend, und dafür bin ich ihm dankbar.

* Auszug einer Rede auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 2. Juli 1994

Alarmierende Ozonkonzentration am Wochenende

Von Michael Müller MdB
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Jedes Jahr dasselbe Bild im Sommer: Die gesundheitsschädliche Ozonkonzentration in bodennahen Luftschichten erreicht immer neue Höhen. Ein Rundruf an diesem Wochenende in verschiedenen Kommunen zeigt das Ergebnis, daß in vielen Regionen bereits Werte von rund 280 Mikrogramm pro m^3 , zum Teil schon über 300 Mikrogramm m^3 gemessen werden. Als unbedenklich werden Konzentrationen unter 120 Mikrogramm pro m^3 angesehen, bei dem allerdings schon negative Folgen für das Wachstum verschiedener Pflanzen wie zum Beispiel Weizen eintreten können. 180 Mikrogramm pro m^3 wird als gesundheitlicher Grenzwert empfohlen, ab dem Emissionsbegrenzungen in Industrie und Verkehr einsetzen sollen, um die Vorläufersubstanzen für die Bildung des Sommersmogs zu begrenzen.

Seit Jahren wird auch von der Bundesregierung Besorgnis über die hohen Konzentrationswerte geäußert, aber es bleibt bei diesem folgenlosen Ritual ohne durchgreifende Gegenmaßnahmen. Es ist unverantwortlich, daß die Bundesregierung jeweils für die Zukunft Besserung ankündigt, um dann doch nichts zu tun. Dieses traurige Schauspiel wird auch in diesem Jahr vorgeführt, obwohl die Ergebnisse des Ozonversuchs von Neckarsulm/Heilbronn vorliegen, an denen es nichts zu rütteln gibt. Sie sind gleichsam das ITüpfelchen auf unserem Wissen, daß der Autoverkehr der entscheidende Verursacher für den Sommersmog ist. Auf ihn entfallen rund 70 Prozent der Stickoxide und 50 Prozent der flüchtigen Kohlenwasserstoffe, die beide unter starker Sonnenstrahlung Ozon bilden.

Vor dem Hintergrund der hohen, gesundheits- und umweltgefährdenden Konzentrationswerte ist es blanker Zynismus, wenn der Bundesverkehrsminister Verbesserungen durch verkehrlenkende Maßnahmen in den nächsten zehn Jahren ankündigt, während er das kurzfristig Mögliche - wie zum Beispiel Geschwindigkeitsbegrenzungen - strikt ablehnt. Auch die Regierungsfractionen haben in den letzten vier Jahren mehrfach die Anträge der SPD zur Bekämpfung des Sommersmogs niedergestimmt und sich statt dessen auf die lange Bank einer europäischen Lösung gesetzt. Dabei warnen viele wissenschaftliche Institute davor, daß sich die Ozonkonzentration in den nächsten 15 Jahren verdoppeln kann. Denn auch zehn Jahre nach Einführung des Katalysators liegt die Gesamtmenge der verkehrsbedingten Stickoxid-Emission noch über dem Wert von 1982. Im Bestand erreicht der Anteil der Fahrzeuge mit Kat nur knapp ein Drittel.

Die SPD hält für dringend erforderlich:

- Den Erlass einer Verordnung nach Paragraph 40 des Bundes-Immissionsschutz-Gesetzes, um den Kommunen die Möglichkeit zu geben, den Autoverkehr zu beschränken, beispielsweise durch ein Fahrverbot für Fahrzeuge ohne Kat.
- Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen und Landstraßen ab 180 Mikrogramm m³.
- Verbot von Benzol als Beimischung im Benzin.
- Einführung von Kraftstoffverbrauchsbeschränkungen. Das ist relativ schnell durch motortechnische Veränderungen zu erreichen, wenn die Autos nicht mehr einseitig auf hohe Beschleunigungen ausgerichtet werden.

(-/4. Juli 1994/hgs/fr)

Ganz normale Beziehungen?

Bundesregierung läßt sich von China in der Menschenrechts-Frage ausspielen

Von Klaus Kübler MdB

Es wäre falsch, den Besuch des chinesischen Premierminister Li Peng, dem hauptverantwortlichen für die Massaker von 1989 und dem Hauptverantwortlichen für die unverändert anhaltende menschenrechtsfeindliche und demokratiefeindliche Situation in China, als End- oder Höhepunkt für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China zu werten. Dies tut aber die Bundesregierung, auch wenn sie zumindest im Vorfeld des Besuchs dieses aus guten Gründen nicht besonders herausstellt. Diese Haltung der Bundesregierung ist scharf zu kritisieren. Eine Normalisierung der Beziehungen kann es im Hinblick auf das menschenrechtsfeindliche und demokratiefeindliche Verhalten der kommunistischen Führung Chinas nicht geben.

Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu China sind eindeutig von wirtschaftspolitischen Interessen bestimmt. Politisch-moralische und demokratische Ansätze fehlen so gut wie ganz. Die konservative Bundesregierung klammert faktisch die Frage der Menschenrechts-Verletzungen, die Frage der Unterdrückung jeder politischen Meinungsfreiheit und jeder politischen Aktivität, die Unterdrückung der Pressefreiheit, die willkürlichen Verhaftungen aus politischen Gründen, die Unterdrückung aller Demokratisierungsansätze, die millionenfache Zwangsarbeit und die gewaltsame Besetzung Tibets aus.

Es gibt keinen erkennbaren Wandel der chinesischen Menschenrechtspolitik oder in der Frage der willkürlichen Behandlung der politischen Dissidenten. An der völlig unbefriedigenden Menschenrechts-Situation in der kommunistischen Volksrepublik China hat sich nichts geändert. Der Tendenz nach hat sie sich eher verschlechtert, weil die kommunistische Führung und insbesondere der Hardliner Li Peng sich völlig unbeeindruckt von der Kritik an der chinesischen Menschenrechts-Politik zeigen. Das haben der chinesischen Führung auch die westlichen Regierungen denkbar einfach gemacht. Das Thema der Menschenrechts-Verletzungen in China ist von der Bundesregierung, aber auch vom US-Präsidenten zum Frühstücksthema gemacht worden.

Aufforderungen an die Bundesregierung, sich ernsthaft und mit Nachdruck für die Verbesserung der Menschenrechts-Situation in China einzusetzen, sind im Grunde ohne Erfolg geblieben. Dabei läßt sich der Bundeskanzler von der chinesischen Führung in der Menschenrechts-Frage in beschämender Weise ausspielen, ja lächerlich machen. Nicht einmal eine abschließende Antwort hielt die chinesische Seite auf die Übergabe einer Liste von 18 politischen Gefangenen gegenüber dem Kanzler für notwendig.

Der Bundeskanzler findet sich mit der wiederholt verbal erklärten Bereitschaft der Volksrepublik China zum Dialog über Menschenrechte ab. Kohl muß sich deshalb den Vorwurf gefallen lassen, daß er den Eindruck erweckt, damit gut leben zu können.

Die unveränderte Menschenrechts-Politik der Volksrepublik China beweist, daß die Bundesregierung mit ihrer zumindest verbal erklärten Absicht, durch Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen die Menschenrechts-Situation in China zu verbessern, gescheitert ist.

(-/4. Juli 1994/hgs/fr)

Parlamentarische Lümmelei **Repräsentative Wahlstatistik soll im Handstreichverfahren ausgesetzt**

Von Prof. Dr. Nils Diederich MdB

Auch langjährige Parlamentarier sind vor Überraschungen nicht sicher. Wie Zieten aus dem Busch erschien letzte Woche ein Antrag der Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP zur Änderung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik auf der Bildfläche. Aus dem Innenausschuß wurde daraus ein interfraktioneller Antrag, dem sich leider auch die SPD anschloß. Mit dem Antrag soll die seit Jahrzehnten (übrigens seit Beginn der Weimarer Republik!) ohne Probleme geführte und wissenschaftlich extrem ertragreiche Bundestagswahl 1994 plötzlich ausgesetzt werden. Im Handstreich-

verfahren wurde die Vorlage durch die Fraktionen geboxt. Eine erste Lesung für den Gesetzentwurf hat es gar nicht erst gegeben. Zeit für eine ausführliche Erörterung gab es nicht. Der Antrag der Unionsparteien wurde am Mittwoch in zweiter und dritter Lesung durch das Plenum gezogen, versteckt in einer Sammelbeschlußfassung, ohne daß es die Öffentlichkeit bemerkt, nämlich ohne Debatte. Vom Gesetzgebungsverfahren her ein Skandal.

Handstreichartig wird ein einzigartiges und bewährtes Instrument der empirischen wissenschaftlichen Forschung über Vorgänge und Strukturen in unserer Gesellschaft zerstört. Die erste wirkliche Wahlstudie, der Beginn der empirischen, sozialwissenschaftlichen Wahlforschung überhaupt, von dessen kommerzialisiertem Ableger Parteien und Medien politisch und kommerziell Früchte ziehen, wurde von dem Schweden Tingsten Anfang der dreißiger Jahre hauptsächlich auf der Grundlage der repräsentativen Wählerstatistik der Weimarer Republik veröffentlicht. Seither dient das Instrument der Gewinnung von wissenschaftlich bedeutsamen Informationen über das Wahlverhalten von Männern und Frauen gegliedert nach Altersgruppen. Das wichtigste wissenschaftliche Interesse liegt übrigens bei der Erforschung der Ursachen und Strukturen des Nichtwählens. Das Instrument hat auch Bedeutung zur Eichung der empirischen Umfrageforschung und hilft diese "weichen" Forschungsmethoden etwas zuverlässiger zu machen.

Die Abgeordneten des Innenausschusses haben in der Schlußheftik der Legislaturperiode mit einem außergewöhnlichen Schnellschuß einen Bock geschossen. Diese parlamentarische Lümmelei beraubt die Wissenschaft eines wertvollen auch für politische Praxis ertragreichen und unersätzblichen Forschungsinstrument. Eine Anhörung von Experten, von Nutzern des Instruments findet nicht statt. Die Begründung des Antrags ist mehr als dürftig und stützt sich hauptsächlich auf das Argument, daß der Wahlakt nicht unlösbar mit statistischen Zwecken verbunden sein dürfe.

Die Abgeordneten haben sich offenkundig leichtgläubig auf eine Referentenausarbeitung gestützt, die in ihrer juristischen Argumentation zweifelhaft und jämmerlich ist. Der Verfasser belegt im Literaturzitat ausdrücklich, daß er mit seiner Auffassung gegenüber der gängigen Kommentarliteratur ziemlich allein steht. Die Kenntnis über die Verwendung der Wahlstatistik ist von banalstenhafter Ignoranz: In der erwähnten Ausarbeitung wird die repräsentative Wahlstatistik als mehr oder weniger überholtes und überflüssiges Spielzeug von Parteistrategen bezeichnet und im übrigen könne man die Ergebnisse auch mit Umfragen erreichen. Abgesehen von diesem horrenden Blödsinn wird die umfangreiche sozialwissenschaftliche und politikgeschichtliche Literatur in der die repräsentative Wahlstatistik als Grundlage gedient hat nicht einmal erwähnt, weil der Verfasser sie offenbar überhaupt nicht kennt.

Als Abgeordneter, der im "bürgerlichen" Beruf sozialwissenschaftlich tätig ist, kann ich mich für diese "Meisterleistung" des Bundestages nur vor der ganzen Profession beschämt zeigen und hoffen, das der neue Bundestag größere Weisheit und Wissenschaftsfreundlichkeit zeigt und den Unfug schnellstmöglich wieder rückgängig macht.

(-4. Juli 1994/hgs/fr)
